

# SOLIDARITÄT

Sozialistische Zeitung



Sozialistische Organisation Solidarität

gegen Spende

[www.solidarität.info](http://www.solidarität.info)

Extrablatt 2021

## Gemeinsam erfolgreich kämpfen!



## Aktiv werden für sozialistische Politik in Berlin

Berlin ist Hauptstadt des Widerstands. Gegen schlechte Bezahlung wird gestreikt – sei es bei landeseigenen Tochterunternehmen, bei den Fahrradkurier\*innen, der Bahn oder anderen Unternehmen. Pflegekräfte legen für bessere Bedingungen ihre Arbeit nieder. Lehrer\*innen wollen ihnen folgen. Gegen steigende Mieten wird demonstriert und gegen Zwangsräumungen blockiert.

Doch geändert hat sich schrecklich wenig. Die Tarifbindung in Berlin nimmt ab. Die Arbeitsbedingungen haben sich während der Corona-Pandemie verschlechtert. Der erkämpfte Mietendeckel wurde kassiert und die Mietexplosion setzt sich ungebremst fort.

Die etablierten Parteien vergießen im Wahlkampf dazu zwar Krokodilstränen, aber bereiten währenddessen schon die Sparpakete vor, die nach den Wahlen präsentiert werden. „Ich will nicht sagen, dass das Geld alle ist. Aber es wird knapper nach der Krise, und wir müssen Prioritäten setzen.“ sagte jüngst Ramona Pop von den Grünen. Und

ihre Prioritäten werden nicht normale Beschäftigte und Erwerbslose sein. DIE LINKE schreibt sich dagegen die sozialen Themen auf die Fahne, doch die Führung akzeptiert die Grenzen der Regierungsbeteiligung und stellt die jetzige Politik als alternativlos da.

### Wie kann Widerstand erfolgreich sein?

Kämpfen ist richtig. Nur Protest kann etwas verändern und Druck von der Straße aufbauen. Vor allem Streiks zeigen, wer wirklich den Reichtum in der Gesellschaft erwirtschaftet und haben die größte Wirkung. Aber wie kann das erfolgreich sein?

### 1. Gemeinsam kämpfen

Wenn Widerstand isoliert werden konnte, endete er mit halbherzigen Kompromissen oder in Niederlagen. Dagegen hilft nur gemeinsam kämpfen. Es ist richtig, dass die Beschäftigten der Krankenhäuser gemeinsam mit denen der Tochtergesellschaften

kämpfen. Im nächsten Schritt braucht es gemeinsame Kämpfe verschiedener Betriebe und Bereiche. Zusammen mit anderen hat die Sol die Demonstration „Gemeinsam auf die Straße“ für den 18. September angestoßen. Dort gehen Mietaktivist\*innen, Pflegekräfte und Krankenhausbeschäftigte, Initiativen gegen Privatisierung und andere Gruppen für Rekommunalisierung (inkl. Enteignung der Immobilienkonzerne) und Milliardeninvestition auf die Straße. Doch das kann nur der Anfang sein. Wem kann es gelingen, umfassend Beschäftigte zusammen zu bringen?

Fortsetzung auf Seite 2 -->

### Fahrplan für einen heißen Herbst:

19. August	Kundgebung der Krankenhausbeschäftigten vor dem Abgeordnetenhaus
21. August	Wer hat der gibt - Demonstration
28. August	Schule muss anders - Demonstration
4. September	unteilbar - Demonstration
11. September	Mietendemonstration
18. September	Gemeinsam auf die Straße
24. September	Klimastreik

Infos auf  
[fb.com/  
sol.berlin.cwi](https://fb.com/sol.berlin.cwi)

**Gemeinsam auf die Straße!**

Öffentlich statt Privat:  
Für Rekommunalisierungen und gegen Privatisierungen!

Investieren statt Sparen:  
Ausbau der Öffentlichen Daseinsvorsorge!

Keine Rendite mit Gesundheit,  
Wasser, Wohnen, Bildung und S-Bahn!

**Demonstration**  
am Samstag 18. Sept. 2021, 14 Uhr  
Berlin Hbf (Washingtonplatz) zum Roten Rathaus

[www.gemeinsamaufdiestrasse.de](http://www.gemeinsamaufdiestrasse.de) • [@gemeinsamaufdiestrasse](https://twitter.com/gemeinsamaufdiestrasse)

Demonstration am 18. September unter Beteiligung der Sol.

## 2. Gewerkschaften in die Offensive

Die Gewerkschaften haben mit ihrer Mitgliedschaft das Potential, Millionen Beschäftigte zu mobilisieren und Kämpfe zu vereinen. Über die Corona-Pandemie ist die Gewerkschaftsführung jedoch abgetaucht, hat Streikmaßnahmen begrenzt und sich hinter die Regierung gestellt. Die EVG-Führung forciert im aktuellen Konflikt die Spaltung der Beschäftigten bei der Bahn statt Solidarität zu praktizieren. Dabei könnten Kämpfe wie bei der Bahn, im Krankenhaus oder gegen Arbeitsplatzverlust vereint werden und sich gegenseitig unterstützen. Die Sol ist in Gewerkschaften für einen kämpferischen Kurs aktiv, ergreift Initiativen von unten und unterstützt die Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften VKG (vernetzung.org).

## 3. Sozialistisches Programm

Im Kapitalismus stehen Löhne, Arbeitsbedingungen, soziale Leistungen und Ausgaben ständig unter Beschuss. Um er-

folgreich zu kämpfen, müssen wir den kapitalistischen Markt und das Vermögen der Banken und Konzerne in Frage stellen. Beispielsweise wäre dann ein ausreichend finanziertes Gesundheitssystem auf Grundlage der Bedürfnisse und nicht des Profits möglich. Zurecht fordert die Mietenbewegung die Überführung der Immobilienkonzerne in Öffentliches Eigentum. Dann wären faire und bezahlbare Mieten umsetzbar. Doch im Kapitalismus wird das mit allen Mitteln versucht, zu verhindern. Deshalb kämpft die Sol für die Überwindung des Kapitalismus und Ersetzung durch eine sozialistische Demokratie, in der anders als in der DDR von unten demokratisch diskutiert und entschieden wird, wie der gesellschaftliche Reichtum eingesetzt werden muss.

## 4. Aktiv werden

Die Sol ist eine eigenständige marxistische Organisation und wir laden ein, mit uns zu diskutieren und sich bei uns zu organisieren. Wir rufen dazu auf, am 26. September beim Volksentscheid mit Ja für die Enteignung zu stimmen. Wir geben unsere Stimmen an diesem Tag der Partei DIE LINKE, weil sie am ehesten die Forderungen von sozialen Bewegungen und Lohnabhängigen zum Ausdruck bringt. Gleichzeitig können wir all diejenigen verstehen, für die das keine Option ist - aus Enttäuschung über Ausrichtung und Politik der Partei und ihres Spitzenpersonals. Wir kämpfen in der Partei gegen Regierungsbeteiligungen mit SPD und Grünen und für einen kämpferischen und sozialistischen Kurs. Wir werden auch nach der Wahl gegen pro-kapitalistische Politik auf die Straße gehen - egal, wer an der Regierung ist und sie mitverantwortet.

Denn wählen allein reicht nicht. Werde deshalb mit uns gemeinsam aktiv, um Widerstand zum Erfolg zu führen und für eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft einzutreten.

Denn wählen allein reicht nicht. Werde deshalb mit uns gemeinsam aktiv, um Widerstand zum Erfolg zu führen und für eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft einzutreten.

# Für mehr Personal und gute Löhne im Krankenhaus!

## Unterstützt die Entlastungsbewegung!

**Am 20. August endet das Ultimatum der Berliner Krankenhausbeschäftigten. Sie wollen vom Senat und den öffentlichen Kliniken einen Tarifvertrag mit klaren Regeln für die Schichtbesetzung in Krankenhäusern, Verfahren bei Unterschreitung und Überlastung der Beschäftigten und die Bezahlung der Service-Töchter nach dem Tarifvertrag Öffentlichen Dienst.**

Richtigerweise setzen sie die Parteien noch vor der Wahl unter Druck. Und sollten die nichts zusagen, werden sie streiken. Erstmals würden Beschäftigte von Vivantes und der Charité gleichzeitig die Arbeit niederlegen.

## Zehn Jahre Kampf

Die Sol unterstützt die Beschäftigten seit sie sich nach dem Streik 2011 auf den Weg gemacht haben, Personalregeln tarifvertraglich festzuhalten. Der Kampf der Charité wurde ein bundesweiter Leuchtturm. Doch die Klinikleitung zwang sie immer wieder in Schlichtungen und schlechte Kompromisse. Systematisch unterlief sie bisherige Regelungen und die Überlastung hielt an. Das darf nicht nochmal passieren.

Es braucht glasklare Vereinbarungen zur Entlastung aller Beschäftigten von Charité und Vivantes und den TVÖD für alle sofort und nicht erst in ferner Zukunft. Deshalb müssen alle Verhandlungsergebnisse in der Gewerkschaft, den Streikdelegierten aller Krankenhäuser und der Belegschaft transparent und breit diskutiert werden.

## Unterstützung

Die Klinikleitungen versuchen die Bevölkerung gegen Streiks aufzubringen. Dabei gefährdet der Normalzustand die Patient\*innen. Der Kampf braucht deshalb volle Unterstützung. Besucht die Streikposten und nehmt an den Demonstrationen teil. Vor allem die Berliner Gewerkschaften sind gefordert in ihren Bereichen Unterstützung bis hin zu Solidaritätsstreiks zu organisieren und Beschäftigte zu den Protesten zu mobilisieren. Denn mehr Personal ist besser für alle.

## Gesundes System statt krankes Haus

Der Personalmangel ist eine Folge der Umformung des Gesundheitssystems nach Marktregeln. Ein Patient ist jetzt ein Fall mit Code, Preisschild und Abrechnung. In



den 80er Jahren wurde abgeschafft, dass Krankenhäuser keine Gewinne machen dürfen. Seit dem sind zig private Krankenhäuser entstanden. Dieser Prozess muss rückgängig gemacht werden. Private Krankenhäuser gehören rekommunalisiert, alle Krankenkassen zu einer vereinigt. Alle Gesundheitsversorgungen müssen bedarfsgerecht erfolgen und finanziert werden - nicht abgerechnet nach Gewinnspekten. In einem sozialistischen Gesundheitswesen würde bedarfsgerechte Vorsorge und Prävention im Vordergrund stehen und nicht die Abrechnung von Krankheiten nach Profit. Ein Streik ist auch eine gute Zeit darüber zu diskutieren und sich zu organisieren.



# Ja! Für die Enteignung der Immobilienkonzerne!

Aber wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, auch nach dem Volksentscheid

**Was vor ein paar Jahren noch undenkbar schien, passiert am 26. September 2021: Die Wahlberechtigten in Berlin stimmen über die Enteignung der großen privaten Immobilienkonzerne per Volksentscheid ab.**

Die Sol unterstützt die Kampagne „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ und ruft alle Berlinerinnen und Berliner auf, bei diesem Volksentscheid mit „Ja“ zu stimmen. Doch wir sagen auch: Ein Volksentscheid (und selbst sein Erfolg) macht allein noch keine Enteignung. Wir wollen und müssen eine Bewegung aufbauen, die nicht nur für den 26. September mobilisiert, sondern darüber hinaus und unabhängig vom Ausgang dieser Abstimmung den Druck für die Enteignung der Immobilienkonzerne aufrechterhält. Und die den Schulterschluss mit anderen sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und der arbeitenden Bevölkerung sucht.

Ein Erfolg des Volksentscheides würde der Forderung nach Enteignung massiven Druck verleihen. Von Berlin würde unüberhörbar ausgehen: Schluss mit der Profitmacherei von Konzernen auf Kosten von Mieterinnen und Mietern! In öffentlichem Eigentum könnten die Mieten abgesenkt werden, weil nicht mehr die Gewinne der Aktionär\*innen finanziert werden müssen. Das ist angesichts des Mietendruckes auch bitter nötig und wäre die passende Antwort auf den gekippten Mietendeckel. Nicht zuletzt würde die Forderung nach Enteignung und Überführung in öffentliches Eigentum über das Mietenthema hinaus an Bedeutung gewinnen, zum Beispiel im Kampf gegen Arbeitsplatzabbau oder den Klimawandel.

## Enteignung statt Rückkauf!

Die Konzerne und ihre Fürsprecher\*innen wollen uns weismachen, dass eine Enteignung nur gegen Entschädigung zum Marktwert und damit für bis zu 36 Milliarden Euro laut amtlicher Kostenschätzung möglich sei. Deshalb soll der Senat vor dem Volksentscheid über zwei Milliarden Euro für 20.000 Wohnungen ausgeben.

Dahinter steckt der Versuch, dem Volksentscheid den Wind aus den Segeln zu nehmen und die Berliner\*innen zu verunsichern und zu spalten. Sie sagen, dass eine teure Enteignung den nötigen Neubau von Wohnungen verunmöglicht und das Geld an anderer Stelle im Haushalt eingespart werden müsste. Weil das völlig richtig ist, ist es gerade ein Argument für eine Enteignung nicht zum Marktwert! Die Kampagne des Volksentscheids hat dafür verschiedene Berechnungen

vorgenommen. Die Sol ist der Meinung, dass die Stadt die Konzerne wirklich enteignen und ihnen nicht die Wohnungen abkaufen sollte. Eine Entschädigung sollte gezahlt werden – aber nur an Kleinaktionär\*innen und diejenigen, die erwiesenermaßen sonst in finanzielle Nöte geraten würden. Wir wollen nicht diejenigen, die die einst kommunalen Wohnungsbestände für'n Appel und 'n Ei gekauft, jetzt noch fürstlich entlohnen. Dieses Geld ist in der Tat in bezahlbarem, öffentlichem Wohnungsbau besser angelegt und der ist dringend nötig, um den Mietendruck zu bekämpfen. Dafür kämpft die Sol: Dass jede und jeder eine bezahlbare, hochwertige und nachhaltige Wohnung hat.

## Bewegung auf der Straße und in Betrieben nötig

Die Kampagne gegen den Volksentscheid macht deutlich, mit welchem Widerstand sich die Konzerne gegen wirkliche Enteignungen wehren. Dagegen hilft nur, eine starke Bewegung in den Nachbarschaften, auf den Straßen und in den Betrieben aufzubauen! Insbesondere die Gewerkschaften, die die Initiative unterstützen, müssen in Betrieben und Verwaltungen für die Enteignung mit eigenem Material und Veranstaltungen werben und die Kolleg\*innen organisieren. Je höher die Mieten, desto weniger bleibt von den Löhnen. Bei den Organisationen der Beschäftigten liegt potenziell die größte Macht in dieser Stadt und diese sollten sie auch auf die Straße zu den anstehenden Demonstrationen mobilisieren.

## Viele Hürden

Eine solche Bewegung könnte den Volksentscheid zum Erfolg führen und den Druck auf den nächsten Senat massiv erhöhen. Gleichzeitig ist die Erfahrung mit dem gekippten Mietendeckel auch eine Warnung. Das Bundesverfassungsgericht hat das Recht auf Profit für Vermieter\*innen mit seiner Entscheidung verteidigt, weil dieses Recht zur DNA des kapitalistischen Systems gehört. Und bevor ein Enteignungsgesetz in Karlsruhe landet, müsste es in Berlin erstmal beschlossen werden. Selbst bei einem Erfolg des Volksentscheids ist völlig offen, ob ein Gesetz zustande kommt. SPD, CDU, FDP und AfD sind entschieden gegen die Initiative. Die Grünen unterstützen zwar mit vielen Wens und Abers den Volksentscheid, aber sie werden alles tun, um ein



Enteignungsgesetz inhaltlich zu verwässern. Allein DIE LINKE unterstützt die Initiative vollumfänglich. Doch sie ist zugleich für eine Neuauflage der aktuellen Koalition, die von einem linken Politikwechsel in Berlin weit entfernt und an der Frage des Volksentscheides gespalten ist. Die Sol sagt: An einer Regierung mit SPD und Grünen, die einen Erfolg des Volksentscheids ignoriert, ein Gesetz auf die lange Bank schiebt oder verwässert oder Kürzungen an anderer Stelle mit Milliardenentschädigungen an die Aktionär\*innen rechtfertigt, sollte sich die LINKE nicht beteiligen.

## Gemeinsam kämpfen – auch nach der Wahl

Verbesserungen im Hier und Jetzt werden auf der Straße und in den Betrieben erkämpft. Es braucht nicht nur für den Volksentscheid eine starke Bewegung, sondern auch – im Falle seines Erfolges – um danach Druck auf den neuen Senat zu seiner Durchsetzung auszuüben. Dafür sollten die verschiedenen sozialen Bewegungen der Stadt zusammen kämpfen und sich verbinden. Die pro-kapitalistischen Politiker\*innen werden versuchen, Beschäftigten und sozialen Bewegungen dieser Stadt und ihre Forderungen gegeneinander auszuspielen – frei nach dem Motto „Wenn ihr das eine wollt, müssen wir das andere kürzen“.

Wir dürfen diese Spaltung nicht mitmachen, weil die wirkliche Trennlinie ganz woanders verläuft: zwischen oben und unten. Es gibt genug Reichtum in diesem Land bei den Millionär\*innen und Milliardär\*innen, um die Enteignung, mehr Personal in der Daseinsvorsorge usw. zu finanzieren. Die Sol kämpft dafür, diesen Reichtum dafür heranzuziehen, und für eine sozialistische Demokratie, in der alle Banken und Konzerne in öffentlichem Eigentum überführt werden. Denn auf dieser Grundlage könnten wir demokratisch und geplant nach unseren Bedürfnissen wirtschaften.

# Für einen Kurswechsel der LINKEN

In ihrem Berliner Wahlprogramm feiert DIE LINKE die letzten fünf Jahre Regierungsbeteiligung als Erfolgsmodell und möchte diese in den nächsten fünf Jahren fortsetzen: „Wir haben in den vergangenen fünf Jahren gezeigt, dass DIE LINKE den Unterschied macht. Wir waren der Motor für den Politikwechsel. Wir haben uns als Partnerin der sozialen Initiativen und Bewegungen verstanden und an deren Seite die Stadt spürbar verändert. Wir wollen diesen Weg weitergehen. Das geht nur mit einer starken LINKEN.“ Aber war es wirklich ein Erfolgsmodell?

Keine Frage: Viele Berliner\*innen und Aktive aus sozialen Bewegungen und Gewerkschaften sehen Maßnahmen der rot-rot-grünen Landesregierung wie ein billigeres Sozialticket für Bus und Bahn, die Abschaffung von Kita- und Hortgebühren und das kostenlose Mittagessen für Grundschüler\*innen positiv. Positiv wird auch gesehen, dass wenigstens versucht wurde, mit dem gescheiterten Mietendeckel den drastischen Anstieg der Mieten auf zu halten. Auch die Charité Facility Management GmbH (CFM) wurde rekommunalisiert, die Forderungen der Beschäftigten nach Eingliederung in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVÖD) aber nicht umgesetzt. Das alles geschah vor dem Hintergrund von einem bis Ende 2019 andauernden wirtschaftlichen Wachstum und großem Druck durch Protestbewegungen.

## Mietenproblem nicht gelöst

Nicht gelöst wurde eines der wichtigsten Berliner Probleme: steigende Mieten und fehlender bezahlbarer Wohnraum. Es ist positiv, dass DIE LINKE den Volksentscheid für eine Enteignung der Immobilienkonzerne unterstützt. Gerade dieser Volksentscheid zeigt aber die Grenzen einer Beteiligung der LINKEN an einer bürgerlichen Regierung auf. Trotz einer starken Mietenbewegung in der Stadt konnte DIE LINKE in der Landesregierung die Forderungen der Volksentscheid-Initiative nicht durchsetzen. Um davon abzulenken wertete der LINKEN-Spitzenkandidat Klaus Lederer es „als

ein grundsätzlich positives Signal“, dass der Senat den Immobilienhaien Vonovia und Deutsche Wohnen 20.000 sanierungsbedürftige Wohnungen abkaufen und dafür über 2,1 Milliarden Euro in den Rachen werfen will. Dabei werden in Berlin jedes Jahr 80 000 neue bezahlbare Wohnungen gebraucht.

Von der LINKEN als Partnerin der sozialen Initiativen und Bewegungen kann man auch nicht sprechen, wenn Klaus Lederer gegen deren Widerstand Hochhaus-Neubauplänen des Immobilien-Milliardärs und Karstadt-Eigners Rene Benko den Weg ebnet. Akzeptiert wurde damit auch die Schließung von Karstadt-Filialen und der Verlust der dortigen Arbeitsplätze. Akzeptiert wurde außerdem die von den GRÜNEN vorangetriebene Ausschreibung der Berliner S-Bahn. Damit kann das S-Bahn-Netz nun zum Teil oder auch ganz von privaten Anbietern übernommen werden. Nichts wurde gegen die Law-and-Order-Politik der SPD unternommen. Diese lässt ständig Razzien in Shisha-Bars durchführen und linke Treffpunkte und Wohnhäuser mit massiver Polizeigewalt räumen.

## Corona

Auch der Umgang mit der Pandemie unterscheidet sich in Berlin nicht wesentlich von anderen Bundesländern. Weder hat es eine massive Personalaufstockung in den landeseigenen Krankenhäusern und den Gesundheitsämtern gegeben, noch wurden alle Schulen und öffentliche Gebäude mit Luftfiltern ausgestattet oder gab es einen

grundsätzlich anderen Umgang mit der Einschränkung von Freiheitsrechten während des ersten Lockdowns.

## Kurswechsel der LINKEN nötig

Es zeigt sich: mit prokapitalistischen Parteien ist keine grundlegend andere, linke Politik zu machen. Zwischen 2016 und 2019 hatte die Führung der LINKEN Glück, dass die wirtschaftliche Situation ein paar Reförmchen ermöglichte. Dies ist mit der aktuellen Wirtschaftskrise vorbei und es stehen heftige Verteilungskämpfe bevor. In diesen wird sich DIE LINKE in Berlin entscheiden müssen, auf welcher Seite sie steht. Bewegungen wie aktuell im Gesundheitswesen werden sich dann zwangsläufig verstärkt auch gegen den Senat wenden und ein „Regieren in Bewegung“ wird nicht einmal mehr dem Schein nach möglich sein. Statt auf eine Fortsetzung der Koalition nach den Abgeordnetenhauswahlen im September 2021 zu setzen, sollte die Partei die Widersprüche zwischen linker Politik und der Politik von SPD und Grünen zuspitzen und sich auf sozialistische Opposition und den Aufbau von Widerstand und Bewegungen konzentrieren.

Mitglieder der Sol sind bundesweit in der LINKEN aktiv und setzen sich gemeinsam mit anderen in der Parteiströmung Antikapitalistische Linke AKL für einen Kurswechsel ein.



## Veranstaltungen der Sol-Berlin & Kontakt

**Komm zu unseren Veranstaltungen und diskutiere mit. Immer dienstags - immer 19 Uhr. Treffen im Verein iranischer Flüchtlinge, Reuterstr. 52, nahe U Hermannplatz. Eine Teilnahme per Zoom ist ebenfalls möglich.**

- 17. August Buchvorstellung „Frei & Gleich“ mit Steve Hollasky
- 24. August Warum ist die Russische Revolution für heute wichtig?
- 31. August Internationale Kämpfe im Gesundheitswesen
- 07. Sept. 20 Jahre Bundeswehr in Afghanistan. Keine Erfolgsgeschichte!
- 14. Sept. Die Wohnungskrise sozialistisch lösen
- 21. Sept. Aktiv für eine sozialistische Welt - die Sol stellt sich vor.



**Social Media: @sol.berlin.cwi Email: berlin@solidarität.info Webseite: www.solidarität.info**